

Newsletter Bremer Friedensforum 8/27. Juli 2020

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. Aktionen in Bremen: 75 Jahre Hiroshima und Nagasaki mahnen
02. Bremer Aufruf zum 1. September 2020 – FOTOAKTION zum Antikriegstag
03. Kein Gras drüber wachsen lassen
04. Bremer Friedensforum begrüßt Beteiligung Bremens am Flaggentag
05. Ministerpräsidenten wenden sich gegen Abzug von US-Truppen
06. Piloten sollen nukleare Teilhabe verweigern
07. DeinJahr fuer Deutschland: Freiwillige gesucht
08. Wehrpflicht als Arznei gegen braunen Sumpf?
09. Humanitäre Hilfe, politische Interessen und Sanktionen
10. SPD Unterbezirk Bremen-Stadt zu Krieg und Klima
11. Solidaritätserklärung mit Janine Wissler u.a.
12. Karl Carstens und Indonesien
13. Neue Broschüre: Militär und sozial-ökologische Konversion
14. Neues Friedensjournal
15. Verleumderische Behauptungen gegen den Pazifisten Hans Paasche
16. Bremer Friedensforum im Netz
17. WhatsApp-Gruppe Bremer Friedensforum
18. KEIN Terminkalender wegen #coronavirus
19. In eigener Sache
20. Datenschutz

BITTE BLEIBT GESUND!!!

1. Aktionen in Bremen: Hiroshima und Nagasaki mahnen - Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot jetzt!

Bremen. Vor 75 Jahren, am 6. und 9. August 1945 wurden die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. 65.000 Menschen verdampften und verbrannten auf der Stelle, bis zum Ende des Jahres starben mehr als 200.000. Diese Opfer mahnen uns, die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen zu erkennen und für eine Welt ohne Atomwaffen einzustehen. Heute bedrohen uns weltweit noch immer mehr als 13.000 Nuklearwaffen. Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren - alleine 2019 gaben sie 73 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen aus. Auch in Deutschland sollen neue Trägerflugzeuge für die Atombomben in Büchel angeschafft werden. Damit würde die nukleare Teilhabe für die kommenden Jahrzehnte festgeschrieben.

Bei der Mahnwache am 6. August um 12 Uhr auf dem Bremer Marktplatz sprechen: *Roland Blach, engagiert sich seit 1995 für eine atomwaffenfreie Welt, als Koordinator verschiedener Kampagnen (aktuell „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“) und Projekte. Blach ist ausgebildeter Mediator und seit 2002 Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, und *Rudolf Dibbern, Pastor i.R., für die Friedensinitiative der Ev. Gemeinde Unser Lieben Frauen. Er wird vor allem den Appell der Friedensinitiative für eine Welt ohne Atomwaffen vorstellen, der bis heute von 15 Gemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche mit unterstützt wurde.

Links:

<https://www.friedenskooperative.de/termine/mahnwache-zum-75-jahrestag-des-atombombenabwurfs-auf-hiroshima>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1280/aktuelles/Aktionen-in-Bremen-am-6-August-Hiroshima-und-Nagasaki-mahnen-Beitritt-zum-UN-Atomwaffenverbot-jetzt/>

2. Bremer Aufruf zum 1. September 2020 – Antikriegstag in Bremen

Bremen. Vor 75 Jahren konnte die Anti-Hitler-Koalition den deutschen Faschismus niederringen und den Zweiten Weltkrieg beenden. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ – diese Grundüberzeugung der Völker nach 1945 wiederholt der Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. September 2020 [<https://abruersten.jetzt/2020/07/aufruf-des-deutschen-gewerkschaftsbundes-dgb-zum-antikriegstag-2020/>]. Diese Forderung

unterstützen wir nachdrücklich. Wie der DGB halten wir eine Steigerung der Rüstungsausgaben vor dem Hintergrund der Klimakrise und in Corona-Zeiten für unverantwortlich und inakzeptabel. Gemeinsam mit ihm fordern wir daher, das Ziel der prozentualen Steigerung der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt aufzugeben, zumindest mittelfristig die Rüstungsausgaben zu senken und die frei werdenden Mittel für eine sozial gerechte und klimaverträgliche Gesellschaft einzusetzen.

Wir fordern von der Bundesregierung, auf jede atomare Teilhabe zu verzichten und sich für die Verlängerung des New-Start-Vertrags, für den Erhalt des Teststoppvertrags und den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag einzusetzen. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat sich am 7. Dezember 2017 per Beschluss dafür ausgesprochen, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Wir rufen alle Bremer Bürgerschafts- und Bundestagsabgeordnet*innen auf, sich dafür mit Nachdruck einzusetzen. Die rot-grün-rote Landesregierung und den Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte fordern wir auf, sich für eine schrittweise Konversion der Bremer Rüstungsindustrie unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte einzusetzen.

EINLADUNG zur FOTOAKTION: Mein Gedanke zum Antikriegstag

Am 1. September – dem Antikriegstag – erinnern Gewerkschaften und Friedensorganisationen an den 1. September 1939, den Tag des Überfalls von Hitlerdeutschland auf unser Nachbarland Polen. Der dann folgende Zweite Weltkrieg hat mehr als 60 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Wir bitten ab sofort um Zusendung eines Fotos (Portrait/in Aktion/Selfie) mit Namens- und wenn möglich Funktions- oder Berufsangabe sowie eines prägnanten zwei- bis dreizeiligen Statements "Mein Gedanke zum Antikriegstag" per E-Mail an: matthias.klump@mpunkt-media.de

Diese werden dann auf den sozialen Netzwerken nach und nach bis zum 1. September 2020 gepostet. Lasst uns viel werden, damit wir zeigen können: Frieden wollen wir alle!

- Freigabe-Erklärung: Mit dem Mailing des Fotos und des Statements gibt die Verfasserin/der Verfasser einmalig die Genehmigung, Foto und Text auf Facebook zu veröffentlichen.

BITTE MITMACHEN!

Erster VERANSTALTUNGSHINWEIS zum Antikriegstag für Bremen:

<https://www.friedenskooperative.de/termine/antikriegstag-2020-in-bremen>

3. Kein Gras drüber wachsen lassen

Bremen. Am Samstag, 29. August, vor dem Antikriegstag, ruft der Verein für Deutsch_Russische Friedens_Tage zu einer besonderen Aktion der Würde auf "Kein Gras drüber wachsen lassen". Es geht um die Grabplatten für etwa 700 sowjetische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen, die auf dem Osterholzer Friedhof begraben liegen. Die Grabplatten sind inzwischen unansehnlich geworden und sollen geputzt werden. Zugleich dient diese Aktion der gemeinsamen Erinnerung an die Lehren, die aus dem Kriegsgeschehen und der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai 1945 für heute zu ziehen sind. Der Verein freut sich über alle Menschen, die diese Putzaktion tatkräftig unterstützen möchten.

Treffpunkt: 29.8.2020, 11 Uhr, Osterholzer Friedhof, Gräberfeld NN, Eingang Hermann-Koenen-Straße

Für die Planung bitten wir um Anmeldung unter Telefon: 0421 520-9761 oder per E-Mail: info@deutsch-russische-friedenstage.de

Link:

<https://deutsch-russische-friedenstage.de/2020/07/kein-gras-blueber-wachsen-lassen/>

4. Bremer Friedensforum begrüßt Beteiligung Bremens am Flaggentag

Bremen. Zum neunten Mal zeigten die „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace) in Deutschland am 8. Juli gemeinsam Flagge und setzen sich für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen ein. An der deutschlandweiten Aktion nehmen 360 Städte teil.

Zum ersten Mal wurde die Fahne der "Mayors for Peace" am mittleren Flaggenständer des Bremer Rathauses gehisst. Das Bremer Friedensforum begrüßte die Beteiligung Bremens und das Engagement von Bürgermeister Andreas Bovenschulte: "Den Flaggentag des weltweiten Städtebündnisses Mayors for Peace sehen wir als eine wichtige symbolische Aktion vor dem Hintergrund der Gefahren eines neuen atomaren Wettrüstens 75 Jahre nach den US-Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki."

Siehe auch:

<https://www.myheimat.de/bremen/profile/ekkehard-lentz-63070.html>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1279/aktuelles/Flaggentag-Buergermeister-fuer-den-Frieden/>

5. Brief nach Washington

Ministerpräsidenten wenden sich gegen Abzug von US-Truppen

Stuttgart. Etwa 34 500 US-Soldaten sind derzeit in Deutschland stationiert, die meisten davon in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, wo sich große Einrichtungen der US-Armee befinden. Wenn es nach den Ministerpräsidenten dieser vier Bundesländer geht, soll das auch so bleiben. Markus Söder (CSU), Winfried Kretschmann (Grüne), Volker Bouffier (CDU) und Malu Dreyer (SPD) haben sich deshalb hilfeschend an ausgewählte US-Abgeordnete und US-Senatoren gewandt, um den von Präsident Donald Trump angekündigten Teilabzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland zu verhindern. Die Stationierung sei sowohl für die sicherheitspolitische Lage als auch für die transatlantische Partnerschaft von enormer Bedeutung, heißt es in einem Schreiben, das die Deutsche Botschaft am Freitag im Auftrag der Ministerpräsidenten verschickt hat. Die Initiative dazu ging von Baden-Württemberg aus.

Trump hatte Anfang Juni angekündigt, dass 9500 US-Soldaten Deutschland bis September verlassen sollen. Zudem solle die Zahl der in Deutschland befindlichen Soldaten, die variieren kann, auf maximal 25 000 reduziert werden. Welche Verbände von einem Abzug betroffen sein sollen, ist noch nicht klar...

Das Schreiben der vier Ministerpräsidenten geht an dreizehn Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses, die in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Ausschüssen sitzen oder sich bereits gegen den Abzug geäußert haben wie der Republikaner und frühere Präsidentschaftskandidat Mitt Romney, der den Truppenabzug als ein "Geschenk für Russland" bezeichnet hat, oder der Demokrat Chris Coons, der kritisierte: "Fast 10 000 Soldaten aus Deutschland abzuziehen, ohne Absprache mit der deutschen Regierung und unseren anderen europäischen Verbündeten, macht Amerika kein bisschen sicherer." Der Brief aus Deutschland soll die Abzugsgegner in ihrer Haltung bestärken. Die US-Standorte in den vier Bundesländern seien "das Rückgrat der US-Präsenz in Europa und der Handlungsfähigkeit der Nato", heißt es in dem Schreiben. All die Hauptquartiere, Flug- und Truppenübungsplätze seien einmalige und hoch leistungsfähige Strukturen, die von Amerikanern und Deutschen über Jahrzehnte miteinander aufgebaut worden seien, "bilden die notwendige Voraussetzung für einen partnerschaftlichen Beitrag zum Frieden in Europa und der Welt, dem wir uns alle gemeinsam verpflichtet fühlen".

Die Ministerpräsidenten weisen darauf hin, dass die Stationierung von US-Truppen in Deutschland als Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft nicht zu überschätzen sei: "Diese Partnerschaft verbindet nicht nur unsere beiden Staaten sondern auch ihre Menschen." Die durch die US-Präsenz in deutschen Städten und Gemeinden entstandenen Freundschaften seien ein Band, das die Bürger beider Länder emotional verbinde: "Daher plädieren wir für eine Fortsetzung dieser tiefen Partnerschaft". Gerade in "schwierigen Zeiten" sei es äußerst wichtig, sich auf die gemeinsame Verantwortung und das gegenseitige Vertrauen zu besinnen. In Deutschland befinden sich Einrichtungen, die enorme Bedeutung

für Einsätze auf mehreren Kontinenten haben. In Stuttgart etwa sitzen die beiden für Europa und Afrika zuständigen Regionalkommandos der Streitkräfte, im benachbarten Böblingen zudem das Kommando der Marineinfanterie für Europa und Afrika. Rheinland-Pfalz ist Standort des Militärflugplatzes Ramstein, des größten US-Stützpunkts außerhalb der USA, sowie des Militärkrankenhauses in Landstuhl. Im bayerischen Grafenwöhr befindet sich der größte Truppenübungsplatz in Europa und das hessische Wiesbaden beherbergt neben dem Europa-Hauptquartier der Landstreitkräfte wichtige Geheimdiensteinrichtungen. (Süddeutsche Zeitung, 20.07.2020)

6. Piloten sollen nukleare Teilhabe verweigern

Bremen. Mindestens 20 amerikanische Atombomben lagern in Deutschland. Im Kriegsfall sollen deutsche Piloten sie ans Ziel fliegen. Martin Singe und Armin Lauven von der »pax-christi«-Gruppe Bonn hatten eine Idee, die guten Anklang fand. Sie initiierten einen Appell an die im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Pilotinnen und Piloten des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33, deren Tornados als Trägerwaffe für die US-amerikanischen Atomwaffen im Ernstfall eingesetzt werden sollen.

Artikel im "Ossietzky"

<https://www.ossietzky.net/14-2020&textfile=5199>

7. #DeinJahrfuerDeutschland: Freiwillige gesucht

Bremen. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat ihre neuen Pläne für einen freiwilligen Wehrdienst vorgelegt. Das Bremer Friedensforum hält nichts von diesem Vorhaben. Bereits die Bezeichnung "Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz" ist äußerst fragwürdig. Der belastete Begriff suggeriert, die Heimat sei bedroht und müsse durch Waffengewalt geschützt werden. Gern verwenden ihn Nazi-Kameradschaften und so genannte Bürgerwehren. Der "Thüringer Heimatschutz" brachte die NSU-Terroristen hervor.

"DeinJahrfuerDeutschland" ist ein weiterer Beitrag der "Verteidigungs"ministerin zur Nachwuchsrekrutierung und zur Militarisierung der Gesellschaft. Die Bevölkerung soll an die Präsenz von Militär im öffentlichen Raum und weitere Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland gewöhnt werden. Bedenklich ist der aktuelle Vorstoß von Frau Kramp-Karrenbauer auch wegen der offensichtlich bestehenden rechten Netzwerke bei der Bundeswehr. Jetzt besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Heimatschutzes noch mehr Rechtsextreme und Neonazis in den Kasernen landen, also eine zusätzliche Gelegenheit, um eine Ausbildung an der Waffe zu bekommen.

Es gibt keinen Mangel an guten, zivilen Freiwilligendiensten wie das Freiwillige Soziale und

das Freiwillige Ökologische Jahr. Ulrich Schneider, Paritätische-Hauptgeschäftsführer, ist zuzustimmen: "Wenn junge Leute für eine soldatische Ausbildung 1000 Euro Sold im Monat bekommen und Freiwillige in sozialen Diensten maximal 300 Euro, dann läuft etwas ganz grundlegend falsch." Wir brauchen keinen Freiwilligendienst der Bundeswehr. Die Krisen, die in unserer Heimat tatsächlich wirklich sind, können von Sozialverbänden, THW und Feuerwehr besser bewältigt werden. Um Kranke zu pflegen und beispielsweise Sandsäcke bei Unwetterkatastrophen zu schleppen, werden keine an der Waffe ausgebildeten jungen Menschen benötigt.

Link:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1283/aktuelles/DeinJahrfuerDeutschland-Freiwillige-gesucht/>

8. Wehrpflicht als Arznei gegen braunen Sumpf?

Bremen. Die braunen Netzwerke in den Sicherheitsapparaten unseres Landes lassen sich nicht länger als bedauerliches Verhalten von Einzelpersonen abtun. Neben der hessischen Polizei ist aktuell die „Eliteeinheit“ KSK (Kommando Spezial Kräfte) in die Schlagzeilen geraten. Da soll sogar eine Kompanie aufgelöst werden und der ganze Trupp wurde „unter Beobachtung“ gestellt. Das ist ein Anfang. Nichts halten wir vom Vorschlag, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht die Nazis in der Bundeswehr in die Schranken weisen würde. Abbau von Feindbildern, Beendigung militaristischer Traditionen und weltweiter Kriegseinsätze und nicht zuletzt Abrüstung sind nach allen Erfahrungen besser geeignet.

9. Humanitäre Hilfe, politische Interessen und Sanktionen

Bremen. Die Diskussion im UN-Sicherheitsrat über eine Verlängerung der Hilfslieferungen in die syrische Provinz Idlib hat für Schlagzeilen gesorgt. Ob Übergänge in türkisch besetztes und auch durch terroristisch kontrolliertes Gebiet dafür genutzt werden sollten, blieb strittig. Statt darüber zu streiten, welche kleineren Regionen im syrischen Staatsgebiet Hilfe erhalten sollen, hätte sich Deutschland auch dafür einsetzen können, dass sie alle Menschen in Syrien erhalten. Was den Menschen in diesem kriegsgebeuteltem Land allerdings am meisten helfen würde, wäre die Beendigung der furchtbaren Sanktionen. Sie treffen vor allem die einfachen Menschen Syriens. Durch Corona nochmals verstärkt. Die Sanktionen müssen aufhören, damit Syrien die Chance auf einen Neuanfang hat.

10. SPD Unterbezirk Bremen-Stadt zu Krieg und Klima

Bremen. Der Arbeitskreis „Klimawandel, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften“ beim SPD Unterbezirk Bremen-Stadt hat sich mit einem Positionspapier zu Wort gemeldet:

"Krieg und Rüstungsindustrie und Klimawandel und Umweltzerstörung verstärken sich wechselseitig. Daher sind eine engagierte Entspannungspolitik sowie eine effektive Klimapolitik dringend erforderlich."

Positionspapier des Arbeitskreises:

<http://www.spd-bremen-stadt.de/Binaries/Binary6861/SPD-Umwelt-AK-Position-Krieg-und-Klima-06072020.pdf>

11. Solidaritätserklärung mit Janine Wissler u.a.

Frankfurt/M.- Bremen. Über 400 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, darunter auch Menschen aus dem Bremer Friedensforum, haben eine Initiative der Friedens- und Zukunftswerkstatt in Frankfurt unterstützt und fordern Solidarität mit Janine Wissler sowie mit anderen von anonymen Morddrohungen Betroffenen wie die Anwältin Seda Başay-Yıldız, die Kabarettistin Idil Baydar, die Abgeordneten Martina Renner, Anne Helm und weiteren bedrohten Frauen. Für die Unterstützerinnen und Unterstützer der Initiative ist dieser erneute Angriff auf Persönlichkeiten, die sich gegen rassistische Politik und für Demokratie und Frieden engagieren, ein weiteres Beispiel dafür, dass der Rechtsextremismus in unserem Land wächst.

Zunehmend werde erkennbar, dass es sich nicht um verwirrte Einzeltäter handle, sondern diese Kräfte in der Gesellschaft und auch in den öffentlichen Ämtern verwurzelt sind. „Deshalb kann es nicht nur darum gehen, Einzeltäter ausfindig zu machen. Für uns heißt Solidarität mit Janine Wissler, die Nazistrukturen endgültig zu überwinden. Dazu rufen wir alle Verantwortlichen wie auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf“, schreiben die Initiatoren und werben um weitere Unterstützung.

Unterstützung an: frieden-und-zukunft@t-online.de

12. Karl Carstens und Indonesien

Bremen. Der Bremer Karl Carstens, ehemaliger Bundespräsident, ließ als Staatssekretär im Auswärtigen Amt deutsche Waffen verdeckt in alle Welt verschiffen. Indonesiens Militär unterstützte er mutmaßlich beim Putsch: https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_88043988/genozid-in-indonesien-karl-carstens-der-bundespraesident-und-die-putschisten.html

Neue Dokumente belegen die enge Kooperation bundesdeutscher Stellen 1965/66 mit Indonesiens Militär im Verlauf des Massenmordes an hunderttausenden indonesischen Kommunisten... Bisher geheime Papiere des BND zeigen, dass die Generäle die Mittel nicht zuletzt für "Sonderaktionen gegen KP-Funktionäre" benötigten. In die Abwicklung der

Fördermaßnahmen war vermutlich der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Karl Carstens involviert: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8333>
<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8333/>

Und nicht zu vergessen die NSDAP-Mitgliedschaft von Karl Carstens und seine juristische Ausbildung, Wehrmacht, nach 1945: juristischer Berater von Wilhelm Kaisen - Bevollmächtigter beim Bund, Carstens' Rolle an der Universität zu Köln (Jura: wie sie alle wieder hineinkamen) - politische und wissenschaftliche Netzwerke, Kanzleramt bei Kurt-Georg Kiesinger (zuständig für Geheimdienste), CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender in den 1970ern: deutschnationaler Einpeitscher (Kommentare zu Chile, 1973!), 1979ff. Bundespräsident: Wanderer in braunen Stiefeln, Bremer Rekrutenvereidigung 6.5.1980, Beziehungen zur Rüstungsindustrie vor und nach der Bundespräsidentenzeit.

Vor diesem Hintergrund gilt es, die Aufarbeitung der vielfältigen Verstrickungen von Carstens (als "wichtigem Sohn der Stadt Bremen ") aufzunehmen und seine Ehrungen ("Bremische Ehrenmedaille in Gold", eine Büste in der Oberen Rathaushalle, die Karl-Carstens-Brücke...) neu zu bewerten bzw. zurückzunehmen. Eigentlich ÜBERFÄLLIG, die Karl-Carstens-Brücke in Bremen - bis 1999 Werderbrücke, im Volksmund 'Erdbeerbrücke' - umzubenennen! In Bremen ist Karl Carstens auf dem Riensberger Friedhof beigesetzt. Die CDU-Granden der Stadt ehren ihn zum Todestag jährlich öffentlichkeitswirksam mit einer Kranzniederlegung. Mit vielen anderen haben wir am 6. Mai 1980 auch gegen die Teilnahme von Bundespräsident Karl Carstens an der öffentlichen Rekrutenvereidigung im Weserstadion demonstriert.

<https://twitter.com/ekkehardlantz1/status/1283128237196038150?s=20>

13. Neue Broschüre: Militär und sozial-ökologische Konversion

Frankfurt/M. Gern möchte ich euch auf eine 100-Seiten-Broschüre mit dem Titel "Militär und sozial-ökologische Konversion" aufmerksam machen, die in einigen Wochen als Druckfassung in der Reihe "Beiträge zur Umweltpolitik" von der Ökologischen Plattform bei DER LINKEN herausgegeben wird. Näheres dazu unter:

<https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitraege-zur-umweltpolitik/>

Die PDF-Fassung steht bereits jetzt zur Verfügung auf der Homepage des Informationsdienstes Umwelt und Militär unter:

http://umwelt-militaer.info/userfiles/downloads/2020/2020-07_BzU32_Militaer-Konversion.pdf

Die Broschüre erscheint zu einem Zeitpunkt, wo angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Einbrüche die gesellschaftliche Debatte über öffentliche Daseinsvorsorge, eine zukunftsfähige Wirtschaft und solidarisch zu bewältigende, globale Herausforderungen

stark zunimmt. Die vielfältigen Aspekte einer Rüstungskonversion werden kompakt dargestellt, verbunden mit Arbeitsthesen aus friedens- und umweltpolitischer Sicht. Karl-Heinz Peil

14. Neues Friedensjournal

Frankfurt/Kassel. Das neue Friedensjournal, das auch in gedruckter Form vorliegt, ist online abrufbar unter:

<http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal/Archiv-Internet-Ausgaben>

bzw. direkt unter

http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2020-4_Web.pdf

Das Schwerpunktthema ist passend zur deutschen Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020.

15. Den Toten die Wahrheit

Helmut Donat zu verleumderischen Behauptungen gegen den Pazifisten Hans Paasche

Bremen. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft verbreitet verleumderische Behauptungen gegen den Pazifisten Hans Paasche. In Heft 3/2020 der ZfG hat Christian Niemeyer unter dem Titel »Hans Paasche unter Töchtern in der Wüste?« einen Beitrag veröffentlicht, der sich im Wesentlichen mit den Hintergründen der Ermordung an Hans Paasche befasst. Dem Aufsatz haftet der Makel an, einen von rechter Soldateska am 21. Mai 1920 niedergestreckten Pazifisten und erklärten Gegner des preußisch-deutschen Militarismus verunglimpft und als eine Art Mittäter verdächtigt zu haben – und das fast genau 100 Jahre nach der Ermordung Hans Paasches. Der Vorwurf von Helmut Donat richtet sich zugleich an die Herausgeber der ZfG, die Niemeyers Abhandlung mit ihrem Namen decken.

Artikel in "Junge Welt":

<https://www.jungewelt.de/artikel/381199.geschichtswissenschaft-den-toten-die-wahrheit.html>

16. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir

empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter. Inzwischen haben wir auch einen Instagram-Account. Bitte abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

17. WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum"

Wer in die WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum" aufgenommen werden möchte, teile dies bitte mit: Ekkehard.Lentz@bremerfriedensforum.de oder 0173-4194320

18. KEIN Terminkalender wegen #coronavirus/

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

19. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

20. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass

Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>

BITTE BLEIBT GESUND!!!